

Kampf dem großkapitalistischen Regierungsprogramm!

Die Landtagsdebatte über die Regierungserklärung — Die Deutschnationalen schweigen — Der nationalsozialistische Pirat Müde als Vater der Großbürgerelegierung — Kommunistische Abrechnung mit der Stützung der USPD-Berater in den Gewerkschaften durch „linke“ sozialdemokratische Führer — Der erste kommunistische Mitheraus- und Auflösungsantrag abgelehnt

Landtagsfiktion vom 20. Januar 1927

Vor Eintreten in die Tagessitzung wird die Wahl einiger Sonderausschüsse vorgenommen. In jedem der Ausschüsse ist die SVP vertreten. In den Ausschüssen der Sächsischen Werke wird Genosse Niederschäff wiedergewählt. Darauf wird beschlossen, die Aussprache über die Regierungserklärung mit dem kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages und den Mitheraus- und Auflösungsantrag gegen die neue Regierung zu verbinden.

Zur Begründung dieser Anträge erhält das Wort:

Genosse Ewert,

der die Rolle dieser parlamentarischen Mehrheit auszeigt, die gegen den Willen der Mehrheit der Wähler eine Regierung erzielt, die eine reine Interessenvertretung des Sächsischen Industriellenstandes und seiner Hintermänner darstellt.

In Hand erzürdenden Beweismaterials über das Verhalten des sozialdemokratischen Führer im Reich und auch in Sachsen, die mit Rücklandbesitz und Sitzung der USPD-Berater in den Gewerkschaften, der Politik der Großen Koalition heimlich und auch offen Vorwurf leisten, zeigt er die Notwendigkeit der aufgezwungenen Mobilisierung der werktätigen Massen. Eine Ablehnung unserer Anträge, eine Absehung unserer Anträge auf gemeinsame Massenmobilisierung gegen die Reaktion, welche Heldt in Sachsen und gegen die kommende Regierung im Reich, muss auch dem letzten Arbeitern die Augen öffnen über die Notwendigkeit der Organisierung des Kampfes: Schulte an Schulter mit den Kommunisten! Erst dieser einheitliche aufgezwungene Kampf der werktätigen Massen wird im Sinne sein, die Regierungen des Bürgertums hinwegzufegen. (Die von den Kommunisten mit schärfstem Beifall ausgenommene Rede bringen wir — der Wichtigkeit wegen — in aufdringlicher Form an anderer Stelle.)

Auf die SPD spricht Böschel zur Regierungserklärung und den Anträgen. Gegenüber der vom Genossen Ewert erhobenen Antragen gegen die Politik seiner Partei, weist er nichts zu, außer einer schroffen Redensatz, er habe „von einem Mitglied der kommunistischen Zentrale eine heftige Rede erwarten“. Wahrscheinlich glaubt er, man dürfe als kommunistisches Parteimitglied nun ein solcher Schleicher zu sein, wie die SED-Parteivorsitzende mitglied? Er geht dann auf den Inhalt der Regierungserklärung ein, stellt sich dabei als stolz erhabender Republikaner vor. Von diesem Standpunkt, nicht etwa vom proletarischen, kritisiert er den Verhältnisdruck durch den Reichswirtschaftsrat 1923. Als die Kommunisten ihm darauf zurück „Schert, Sollmann“, verlacht er, die sozialdemokratischen Reichsminister zu verteidigen. Stürmische Empörung der Kommunisten antworten auf diese typisch „jüdische“ Haltung! Er wendet sich weiterhin gegen lärmische Reaktionärsparteien. Interessant ist es dabei, dass er den Demokraten gegenüber erklärt,

dass ein großer Teil „Schuld“ an dem Nichtzustandkommen der Großen Koalition in Sachsen die BDP spricht, die er nicht mit den Sozialdemokraten zusammenregieren will, zu wollen.

Er sagt kein Wort zur grundätzlichen Stellungnahme für oder gegen die Große Koalition, will also wahrscheinlich damit eine verdeckte Bereitschaftserklärung vorbereiten.

Der deutsche Bizepräsident als Ehrenvater Heldt.

Als Böschel im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den Ministerpräsidenten Heldt als „commis von jenseit“ des Industriellenstandes bezeichnet, schlägt der im Augenblick gejagten Präsident Dr. Eduard (Dahl) während auf den Tisch und ruft Böschel erregt zur Ordnung. — Böschel schlägt schließlich schwere Opposition mit allen Mitteln! gegen die Regierung an. Er betont, dass die SPD im Gegenzug den Kommunisten jedoch nur auf dem Boden der Demokratie, nicht „Opposition“ führen wolle.

Der Heldt-Industriellenblöck.

Im Namen sämtlicher Regierungsparteien gibt der BDP-Politiker Niederschäff die Erklärung ab, dass diese die Erklärung Heldts als geeignete Basis betrachten und deshalb die kommunistischen Anträge ablehnen werden. (Stürmische Jurte des Kommunisten.)

Beckh erinnert an Heidelberg!

Zunächst erhält Beckh das Wort zu den Ausführungen gegen die Argumentation Böschels.

Er betont, dass der sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg zu den Vorgängen 1923 in ganz anderem Sinne Stellung genommen hat, als die sächsische SPD es darstellt. Er weist weiter darauf hin, dass die erste Regierung, die ihr Amt „aus den Kürbisfleden Händen des Generals Müller“ entgegennahm, nicht die Heldt-Regierung, sondern die der Kellermann war. Er verdeutlicht sich in der bekannten Art gegen den Vorwurf des Beratz damit, dass er jede Abhängigkeit von den Kommunisten ablehnen müsse, weil diese „nicht von sich aus ihre Arbeiter bestimmen“. (Geldsächer und Jurte des Kommunisten.) Er betont, dass er die Notwendigkeit des Ziehens auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung, des Kapitalismus ihm zur „Ziel der Großen Koalition“ geführt habe, der er auch jetzt noch zufolge. Die sozialdemokratischen Führer seien nur zu feig, offen zu sagen, wie sie zur Koalitionsfrage stehen. Grundlegend sind sie nicht dagegen, sie wollen nur andere Personen, aber sie fürchten die Empörung ihrer Anhänger, die sie „nicht mehr zurückpeilen könnten“, wenn sie in eine Koalition gehen, in der sie keine anderen Politik machen können, als die USPD. Er erklärt, dass in dieser Rücksichtungslosigkeit der Wirtschaft bei einer Landtagsauflösung nur die Kommunisten die Gewinner seien werden und dass deshalb alle Parteien außer den Kommunisten kein Interesse an einer Landtagsauflösung haben.

Aus diesem Grunde könnte auch die SPD nicht ehrlich für eine Landtagsauflösung eintreten. Der Aufwarter Madt gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, dass die nicht von „parteilich-politischen Prinzipien“ ausgehen, er wolle sich nicht kümmern, welche Staatsform herrsche, da er glaube, dass nur starke Männer das Wichtigste sind. In dieser Tonart geht er weiter. Oft löst die Kugel mit seiner Aussagenen Geldsächer aus. Er betont, dass er Vertretern zur Regierung habe, aber er wünsche etwas Konkreteres zu hören. Er verlangt schließlich nur „Aufwertung im Rahmen der Reichsregierung.“ (Stürmische Jurte links: „Sind Sie aber bescheiden geworden“)

Rüdes Jangengeburt.

Von Geldsächer empfangen, hält der Nationalsozialist von Rüdes seine „Jungfernrede“. Das heißt er ließ sie ab. Er spricht von der „Jangengeburt der Heldt-Regierung“ und geht dann zu einer Menge von lächerlichen Redensätzen über den heldischen „Reichsdenkmalen“ und ähnliche militärische Angelegenheiten über. In der Frage der Staatsform will er auch keine Stellung nehmen. Er will, wie der Aufwarter „starke Männer“. Er zeigt dabei, dass er bedenklos Gedankengänge der revolutionären Arbeiterbewegung in unverschämter Weise vergewaltigt für die Ausgestaltung seiner sonst reaktionären Anschaulichen. Seine Erzählungen über die „jüdische“ Herrschaft und werben oft durch hämische Gelächter verständlich gemacht. Schließlich erklärt er, dass die Regierung Heldt nur Phrasen habe, dass aber die „Taten starke Männer“ vom Kabinett nicht zu erwarten seien und dass er deshalb die Erklärung der Regierung als ungenügend ansiehe.

Was er kämpft gegen den „jüdischen“ Kapitalismus proklamieren, fragt ihn Genosse Renner, ob denn alle Kapitalisten

Juden seien. Müde gibt darauf die mythische Erklärung, dass die meisten „Juden“ Christen seien. (?)

Müde hilft Heldt.

Nachdem Müde nun in großer Pose den „Standpunkt“ der Nationalsozialisten vertreten hat, erklärt er, dass noch dem kommunistischen Mitheraus- und Auflösungsantrag nicht zu zustimmen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, etwas für das Volk zu tun. Unter ironischen Jurten der Kommunisten verlacht er, sich als Marx-Kennet aufzuspielen und überzieht sich in radikalen Phrasen. Nach Abschluss seiner Rede steht Präsident Schwarz unter allgemeinem Gelächter fest, dass Müde keine Rede völlig abgeleitet habe, was unzulässig ist; in Andererseits der „darin enthaltenen interessanten Gedanken“ scheide der Vorstand davon ab, dagegen einzutreten.

Zunächst erhält für die kommunistische Fraktion das Wort der

Genosse Böttcher.

Die Ausführungen des Herrn von Müde zeigen, dass er noch nicht gereift hat, dass er hier nur die Rolle eines Hofsotzen des Bankenkapitals, das er zu befähigen versucht, spielt. Der Weg des Völkischen vom Münchner Bürgerbräuteller bis zu den Biergärten Müdes zeigt den ganzen Zusammenbruch des konterrevolutionären Partientums. Herr Müde wird bald zeigen, dass er zwar ein guter Seeübler im Interesse der Gewerkschaften ist, doch er aber einer miserablen Politiker abgibt. (Sehr richtig! bei den Komm.) Die Partie allein zeigt, dass aus dem „fiktiven Revolutionär“ Müde ein gutes partikularistisches Stimmwohl für den Bürgerblock geworden ist.

Während die Befürden 1923 die militärische Stütze des Großkapitals bildeten, betätigten sich die Sozialdemokraten als die ideologischen Helfer der kapitalistischen Wirtschaft. Beide wurden sie gegen die rebellierende Arbeiterschaft eingesetzt.

(Sehr richtig! bei den Komm.)

Als sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, erhielten sie ihren Rücktritt. Die Sozialdemokraten flogen aus der Reichsregierung, den Völkischen wurden die Subventionen entzogen und heute sind sie zerstört und schlagen sich gegenwärtig in wüstester Weise. Wichtiger als die Parteien sind, was die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Regierungsparteien, die deutlich zeigte, wie die kleinbürgerlichen Gruppen sich unabhängig unter die Führung des großkapitalistischen Parteien begeben haben. Dennoch ist die Einheitsfront nur Scheinbar. Interessant ist, auf welche Verhältnisse reagiert Heldt sich die Regierung Heldt stützt. In der Deutschnationalen Reichsgründungsrede in Dresden, auf der der Landtagsabgeordnete Kellermann die Befreiung aller derjenigen forderte, die 1918 die Monarchie stützten. Der republikanische Staatsminister Dr. Käfer hielt in der Gedächtnissitzung des Volksparlaments unter weiß-roten Fahnen eine Rede mit dem Leitgedanken: „Von Bismarck zu Hindenburg“. Der Wirtschaftsminister Wilhelm forderte Wiederherstellung der alten Standesherrschaft. Das sind die politischen Bundesgenossen der USPD und die feierten Stützen der Heldt-Regierung, deren Kurs unzuhollässig zurück zur Monarchie, zur religiösen Weltverdammung und zur Standesherrschaft führen soll, um mit ihnen die Diktatur des Großkapitals zu umhüllen. Die Politik der Heldt-Regierung war reaktionär und wird reaktionär bleiben. Die Förderung der dominionale Großagrarstaat aus Erführung der Arbeitsdienstpflicht für die jugendlichen Arbeiter wird bei der Regierung Heldt wiederum Verwirrungen hervorrufen. Gegen die Gewerkschaften hat die Regierung bereits jetzt die ersten Schritte wieder getan. Sie legt die erste Nummer der „Sächsischen Erwerbslosenzeitung“ beobachtet. Das ist die Hilfe, die Heldt den Erwerbslosen verleiht, die Erwerbslosen aber werden dadurch nur bestärkt in ihrem Willen, in einheitlicher Front mit den Arbeitenden den Kampf gegen diese Regierung aufzunehmen. Die Regierung Heldt bewaffnet letztlich die konterrevolutionären Kleinadelbergschen. Auf kulturellem Gebiet ist der Kurs genau so reaktionär. Das zeigt u. a. die Neuauflage der Wendenfrage, zu der wir Kommunisten noch im Landtag die Regierung zur Stellungnahme zwingen werden.

Die Auseinandersetzung zwischen der USPD und der linken SPD und ein Beispiel für die kommenden Auseinandersetzungen auf dem sozialdemokratischen Parteitag. Nachdem der sozial-

demokratische Parteivorstand die kompromittierten USPD-Führer aus taktischen Gründen preisgegeben hat, ohne deren Aufzähnung, die tatsächlich die seine ist, aufzugeben, sind die „linken“ sozialdemokratischen Führer Sachsen vertreten um jeden Preis geworden.

Sie werden, wenn nicht der Druck der Arbeiter nebstarren hindert, in die Koalition gehen und dort dieselbe Politik treiben müssen, wie sie die Besche und Konsorten treiben, denn dies ist sozialdemokratische Parteipolitik. Die Befriedigung der sozialdemokratischen Reichsminister bei der Frage des Reichswirtschaftsmarsches durch den „Linken“ Böschel zeigt, dass die linken Führer in Jahre 1923, als sie den Arbeitern ihre Kampfbereitschaft bedeuteten, insgeheim bereits den Vertrag mit der reaktionären Reichsregierung vorbereitet hatten, deren Polizeiminister — eben dieser Sollmann — ein Sozialdemokrat war. Das erklärt auch, weshalb Böschel auf der Chemnitzer Konferenz 1923 den Arbeitern vorlog, die Reichswehr marschiere nicht gegen Sie, sondern gegen Bayern. Das war nichts als ein abgetarntes Spiel zwischen ihm und dem Reichsinnenminister Sollmann, der nicht aus der Regierung „zum Prolet“ ausstieg, sondern nach vollendetem Vertrag als überflüssig von Stresemann hinausgeworfen wurde. Bei der Frage der Säuberung der Führung der Gewerkschaften von den USPD-Leuten sind es wiederum Sozialdemokraten, die anstrengen, gegen die gemeinsame Front der kommunistischen und sozialdemokratischen Mitglieder der Gewerkschaften. Diese Positionen in den freien Gewerkschaften sind die Basis, auf der die USPD ihren Kampf im Interesse der sächsischen kapitalistischen Wirtschaft und gegen die Arbeiterschaften führen kann. Die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter für die kommunistischen Anträge auf Bekämpfung der reaktionären Gewerkschaftsorganisationen machen unaufhaltsam. Wir werden diesen Kampf verhindern! (Zuruf des berüchtigten Siegmund-Schemm: Weil ich auf die Waffen will!), weil wir wissen, dass die Gewerkschaften im Kampf gegen den sächsischen Bürgerblock eine entscheidende Rolle spielen. Gegenüber den Bormündern der USPD, die Kommunistische Partei hängt von den Beschlüssen „Mosaik“ ab, erläutert wird, dass wir uns auf die Solidarität mit unseren russischen Genossen stützen, trotz aus dem gemeinsamen Band, das die Kommunisten aller Länder aufs engste verbindet. Nicht am Beschluss, sondern durch sozialdemokratische Klärung aller Fragen arbeiten die Kommunisten der ganzen Welt gemeinsam am gemeinsamen Ziel. Besche erhalten die parlamentarischen Agenten des Kapitals von den Völkischen bis in die Reihen der Sozialdemokratie und um sofaçhöflichen und widerstreitenden bei der Ausführung dieser Besche beobachten sich gerade die Führer der USPD. Mit dieser Partei über Kampf um Proletarientarassen zu diskutieren, lehnen wir ab. Wir werden nicht mit den Parteien des Bürgerblocks diskutieren, wir werden sie bekämpfen mit allen Mitteln, und dieser Kampf soll und wird

zum Sturz des Bürgerblocks, zur Niederoberung dieses parlamentarischen Sumpfes und zur Auflösung der Herrschaft der Werkstätten führen. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Bei der Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die am Dienstag, den 25. Januar stattfindet, beantragt Genosse Ewert, dass die zweiten Beratungen der wichtigen Erwerbslosen- und Fürsorgeempfängeranträge auf die Tagesordnung gelegt werden. Das wird mit Mehrheit abgelehnt. Ein geschiedener Schlußantrag der Bürgerlichen, der die Debatte abwürgen soll, findet zwar die Unterstützung des „revolutionären“ Müde, der gemeinsam mit dem Bloß von den Deutschnationalen bis zur USPD stimmt und sich damit als dienstleistiger Loyalist des Bürgerblocks zeigt, wird aber durch Abstimmemehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Sturz des Bürgerblocks, zur Niederoberung dieses parlamentarischen Sumpfes und zur Auflösung der Herrschaft der Werkstätten führen. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Genosse Ewert erhält das Wort. In seinen Ausführungen verlacht er vergeblich die Gewerkschaft der kommunistischen Ausführungen zu entkräften. Ihm tritt im Schlusswort Gen. Ewert entgegen. Nach seiner Rede werden die Abstimmungen vorgenommen.

Sowohl der kommunistische Mitheraus- und Auflösungsantrag als auch der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die nationalsozialistische Müde stieg beim Mitheraus- und Auflösungsantrag gegen die Kommunisten zu stimmen.

Herr Heldt hat einen neuen würdigen Bundesgenossen erhalten.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung beendet.

Gemeindevertreter! heraus zur Wahl der Bezirkstags-Abgeordneten!

Nächsten Sonntag, am 25. Januar, versammeln sich in jeder Gemeinde der Amtshauptmannschaft Dresden die neu gewählten Vertreter zur Stimmabgabe für den neuen Bezirkstag. Innerhalb weiterer 4 Wochen tritt der Bezirkstag zusammen und wählt den Bezirksausschuss. Der Ausgang dieser Wahl ist für die Entwicklung zahlreicher Bezirksstädte und Landgemeinden von großer Bedeutung. Insbesondere die werktätige Bevölkerung wird auf das Schwere zu spüren bekommen, wenn eine reaktionäre bürgerliche Mehrheit den Bezirkstag und Ausschuss bestellt.

Welche Zusammenziehung hatte bisher dieser Selbstverwaltungsrat der Gemeinden in der Amtshauptmannschaft? Neben 22 bürgerlichen Vertretern nahmen 15 Sozialdemokraten Platz. Außer diesen waren nur 3 kommunistische Vertreter als konsequente Vertreter der Interessen der Werktätigen auf dem Posten. Entsprechend der bürgerlichen Mehrheit waren auch die „Toten“ immer rückwärts gerichtet. Die Zehn sollte die gesamte werktätige Bevölkerung bezahlen.

Das zeigte sich bei der Beratung des Haushaltplanes. In Anbetracht der ausgedehnten Erwerbslosigkeit und der damit verbundenen Erhöhung der gesamten Fürsorge wurde eine Verdopplung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege beantragt. Es blieb der bürgerlichen Gesellschaft vorbehalten, hiergegen zu sprechen und zu stimmen. Darüber hinaus beantragten sie jedoch noch

und legten auch durch die Streichung von 200 000 Mark bereits in den Voranschlag eingekürter Gelder.

Die Sprecher der rechten Mehrheit forderten auch den Abbau der Schulzahnpflege. Im weiteren machten sie zum Sprachrohr des Landbundes und forderten Landkrankenklassen. Durch diese Einrichtung sollten die jetzigen Ortskrankenhäuser geschwächt und zerstört werden und die Landarbeiter auch im Falle der Krankheit völlig unter die Befreiungsfähigkeit der Landarbeiter geraten. Der Gipfel reaktionärer Brutalität wurde erreicht durch den Abbau des amtlichen Milchrevisors der Amtshauptmannschaft. Diese seine Gesellschaft erklärte mit bodenloser Rechtfertigung, dass dieser Beamte als Milchrevisor nur als Spiegel auf den Gutshöfen wirke. Dass dieser Beamte im Auge des Landbundes ein Dorn ist, mag zugegeben werden. Man verzog sich sogar von dieser Seite zu der Bemerkung, dass der „Herr Milchrevisor“ darüber nur froh sein

könne, dass er mit bloßen Drohungen davongetrieben ist! Das war die Ankündigung, ihn später mit Gewalt vom Gutshof zu jagen! Die Großbauern, diese Landjunker, wollen nicht, dass das Auge der Öffentlichkeit ihnen im Interesse der Bevölkerung allzuviel in den Stall schaut. Dort gibt es vielen zu verbrennen.

So wenig nur von den Schändaten der bürgerlichen Mehrheit des alten Bezirkstages. Im Schock des neuen Bezirkstages schlummern sehr viel Möglichkeiten. Diese können nur durch kommunistische Vertreter, durch die folgerichtigen und entschlossenen Vertreter der Interessen der Werktätigen gewestzt werden. Die Bezirksgemeinden müssen unterstützt werden für Neuordnungen, Verbesserungen und jährlige Verbesserungen öffentlicher Straßen und Wege. Die Armenversorgung, die öffentliche Gesundheits- und Krankenpflege muss auf eine Stufe gebracht werden, die die Bevölkerung bestreitet. Im weiteren muss gerade der Bezirkstag der Regierung gegenüber eine Haltung einnehmen, durch die den hochwassergefährdeten Kleinbauern die so bitter benötigten Gelder beschafft werden. Jerner muss dahin gewirkt werden, dass der Bezirkstag sich dafür einsetzt, dass den Gemeinden größere Steuerüberweisungen aus den Reichsmitteln zugeschenken. So bekommen selbst die Bezirkssverbände vom Reiche größere Mittel an die Hand und können, ja sie müssen dann durch den Druck der werktätigen Vertreter die Bezirksumlagen, die die Gemeinden belasten, abbauen.

Am Sonntag werden 40 Abgeordnete zum Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden gewählt. Jeder Gemeindevertreter muss sich an der Wahl beteiligen. Der Stimmrecht ist innerhalb einer Gemeinde gleich, der Gemeinden untereinander aber verschieden. Bei der Feststellung des Stimmrechtes wird zugrunde gelegt die Zahl der Wahlberechtigten, geteilt durch die Zahl der Gemeindevertreter. Als Beispiel: Nehmen wir an, eine Gemeinde mit 1700 Einwohnern hätte 1100 Wahlberechtigte. Bei 11 Gemeindevertretern hätte dann jeder Gemeindevertreter zur Bezirkstagswahl 100 Stimmen in die Wagschale zu werfen. Jede Stimme zur Bezirkstagswahl rächt sich. Jeder Gewinn aus bürgerlichem oder sozialdemokratischem Lager ist doppelter Nutzen für die werktätige Bevölkerung! Es gilt, eine reaktionär-bürgerliche Mehrheit zum Teufel zu jagen! Wählt Arbeitervertreter!

Jede Stimme der „Liste der Werktätigen“!